

**UWG-Kreistagsfraktion Düren**  
Haushaltsrede des UWG-Fraktionsvorsitzenden  
Georg Schmitz

**Rede zum Kreishaushalt 2026**  
**zur Kreistagsitzung am 26. März 2026**

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Ralf Nolten, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Kreistag, sehr geehrte Gäste, meine Damen und Herren der lokalen Presse.

Die Fraktion der UWG Kreis Düren nimmt Stellung zum Kreishaushalt 2026 und zur Situation des Kreises.

An erster Stelle möchten wir uns bei der Verwaltung, der Kämmerei und besonders bei Herrn Hürtgen für die kompetente Unterstützung bei unseren Beratungen des Haushaltes bedanken.

Wir wollen nun an einigen wenigen Punkten den Kreishaushalt aus unserer Sicht sachlich darstellen.

Werte Kolleginnen und Kollegen,  
als 1. Punkt möchten wir festhalten, dass der uns vorliegende Haushalt ganz deutlich eine neue, andere Handschrift aufweist. Dies wird von uns als ein erster guter Schritt in die richtige Richtung gesehen. Dieser Schritt reicht jedoch bei Weitem noch nicht aus.

Ein positiver Punkt ist das Einsparpotential von ca. 13 Mio. EUR. In der Vergangenheit haben wir einen solch ernsthaften Sparwillen nicht erkennen können. Diese Sparmaßnahmen führen zu einer Entlastung unserer Kommunen, da diese die Kreisumlage deutlich senken. Zur Ehrlichkeit gehört jedoch auch, dass in den ca. 13 Mio. EUR auch die Einsparungen von 25 „nicht besetzten“ Personalstellen enthalten ist.

An dieser Stelle möchte wir nochmal darauf hinweisen, dass vor nicht einmal 5 Monaten die „KreisWelt“ durch die sogenannten „Aßhoffschen Sparlisten“ für viele Kreistagsmitglieder fast aus den Fugen gehoben wurde. Hier wurden damals max. 3 Mio. EUR als Sparpotential von der

CDU identifiziert und zugestanden. Dieses wäre aber nur mit „Ach und Krach“ zu erreichen gewesen. Wie gesagt, jetzt - nach gerade einmal 5 Monaten können laut Verwaltungsvorschlag ca. 13 Mio. EUR eingespart werden.

Ferner sollten wir uns auch noch einmal an die Worte des ehemaligen Landrates Wolfgang Spelthahn erinnern, welche er in seiner letzten Kreistagssitzung sagte. Er sprach davon, dass der Kreis und die Mitglieder des Kreistags sich auf drastischste Sparmaßnahmen in den nächsten Jahren einstellen müssten.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
ein nächster Punkt ist die Entlastung der Kommunen um weitere 17,4 Mio. EUR. Hört sich erstmal gut an, wird jedoch nur durch den Globalen Minderaufwand, eine durch das LAND genehmigte buchhalterische Maßnahme, ermöglicht. Der sogenannte „Minderaufwand“, das sind 2% des Gesamtaufwandes des Kreishaushaltes. Wir nennen das einen „Taschenspieler-Trick“, der vorgaukelt, dass wir es unterjährig schaffen, irgendwo im Haushalt, 17,4 Mio. EUR einsparen zu können. Wäre das möglich, sollten wir dies im Sinne unserer Kommunen sofort machen. Sollte es nicht gelingen, muss dieses Geld gegen unser Eigenkapital von nur noch 33 Mio. EUR verrechnet werden. Keiner glaubt ernsthaft daran, dass wir noch zusätzlich 17,4 Mio. EUR Einsparpotential finden können.

Eine kleine Anmerkung: Jedem guten Buchhalter würde sich bei so einem Vorgehen der Magen umdrehen.

Zur Einordnung: Im April nächsten Jahres sind Landtagswahlen in NRW. Soll dieses vorgezogene Wahlgeschenk etwa den bevorstehenden Kollaps der Kreis- und Kommunalhaushalte bis nach der Wahl hinauszögern?

Dieses Problem wird uns schon 2027 einholen. Sollte kein zusätzliches Geld vom LAND/BUND kommen, wird der Kreis spätestens 2028 über so gut wie kein Eigenkapital mehr verfügen. Dann muss der Kreis seine riesigen Haushaltsdefizite ausschließlich über die Kreisumlage finanzieren und die Kommunen müssen dies dann stemmen.

Konsequenz: Fast alle Kommunen bleiben oder werden ins Haushaltssicherungskonzept geraten und werden dort jahrelang bleiben. Mit Blick auf diese düsteren Aussichten, sollte heute bereits sparsamer gewirtschaftet werden.

Denn wir alle wissen, was dies bedeutet: Einstellen oder Kürzungen bei allen freiwilligen Leistungen und stetig höhere Belastungen der Bürger:innen bei den Abgaben sprich Hebesätzen in unserer kommunalen Familie. Das wird zu großen Spannungen und steigender

Unzufriedenheit der Bürger:innen führen. Die ersten Auswirkungen sehen wir ja jetzt schon in den ersten Kommunen (Inden, Titz, Langerwehe).

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
an dieser Stelle sei erwähnt, dass die Vorsitzende der Bürgermeisterkonferenz im Namen aller Bürgermeister mit Nachdruck erklärt hat, dass nur eine deutliche Absenkung der Umlagen, insbesondere der Jugendamts- und Kreisumlage, für die Kommunen die Haushaltslage vor Ort noch halbwegs beherrschbar machen würde. Deshalb haben die Bürgermeisterin und die Bürgermeister das Benehmen nicht hergestellt. Außerdem forderten sie eine vollständige Liste über die „Freiwilligen Leistungen“, die sich der Kreis leistet.

Wir von der UWG haben dazu einen Antrag gestellt, um mit der Verwaltung und den Mitgliedern des Kreistags Rahmenbedingungen für zukünftige „Freiwillige“ Förderungen zu erarbeiten.

Des Weiteren sollen zukünftige Rahmenbedingungen festgelegt werden wie:

- ein maximales Budget je Haushaltsjahr,
- die Entwicklung einer transparenten Bewertungsmatrix zur Priorisierung möglicher Förderempfänger,
- die vorrangige Berücksichtigung sozialer Einrichtungen,
- die nachrangige Behandlung kultureller und sportlicher Anliegen
- und wo kann man evtl. Einsparungen durch verschiedenste Maßnahmen (Bündelung, Zusammenlegung usw.) erzielen.

Hier sei nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass wir unsere Vereine und Institutionen immer gefördert und unterstützt haben und das Ehrenamt sehr zu schätzen wissen.

Dieses Thema wird uns alle noch im laufenden Jahr und darüber hinaus weiter begleiten. Wir kommen aus unserer Sicht nicht darum herum, uns ausführlich damit zu beschäftigen, denn jede Summe, die wir hier ausgeben, fließt direkt in die Kreisumlage und belastet unsere schon hochgebeutelten Kommunen.

Eins ist klar, sollten uns (Kommunen und Kreis) Sparmaßnahmen von höherer Stelle auferlegt werden, und dies ist für uns nur noch eine Frage der Zeit, wird sofort an den freiwilligen Leistungen gespart oder sie müssen komplett gestrichen werden.

Meine Damen und Herren,  
wir kommen nun zu unserem letzten Punkt, die Belastungen durch LAND, BUND und LVR.

Wir alle wissen, dass der Kreishaushalt in besonderer Weise durch gesetzliche Notwendigkeiten geprägt ist, insbesondere durch

Sozialtransferleistungen, sprich hier die Leistungen gemäß SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende), SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) und SGB XII (Sozialhilfe) und das Asylbewerberleistungsgesetz.

Die Belastungen, welche uns aus LAND und BUND auferlegt werden, treffen auch unseren Kreis sehr hart. Die zur Ausführung der übertragenen Aufgaben benötigten Finanzmittel werden leider nicht mit übertragen.

Auf der Webseite von „KOMMUNAL“ ist zu lesen: „Die Experten haben 30 Jahre Kommunalfinanzen ausgewertet – mit ernüchterndem Ergebnis. Der Anteil der Sozialausgaben, zu denen Kinderbetreuung und Sozialhilfe gehören, ist von 25 Prozent im Jahr 1992 auf fast 38 Prozent im Jahr 2022 gestiegen. Gleichzeitig machen Verwaltungsausgaben inzwischen rund 20 Prozent der kommunalen Haushalte aus. Für Investitionen in Straßen, Schulen oder Infrastruktur bleibt kaum Spielraum. „Die Kommunen verlieren ihre Gestaltungskraft, weil immer größere Teile der Haushalte gebunden sind“, sagt der IW-Finanzexperte Björn Kauder.

Hier müssen wir anmerken, dass endlich einmal Alarm von den Präsidenten des Deutschen Städtetages, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund geschlagen wurde und Bund und Länder zum sofortigen Handeln aufgefordert wurden, um das wachsende Rekorddefizit zu stoppen und die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern.

*Sie sagen unter anderem: Unsere Haushalte kollabieren reihenweise. Wir müssen dringend runter mit den Ausgaben und der riesigen Kostendynamik. Ohne sofortiges Gegensteuern aus Berlin wird es nicht mehr gehen, weil die Haushalte komplett aus dem Ruder laufen und bereits heute die Handlungsunfähigkeit droht: Bund und Länder müssen deshalb unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um das Rekorddefizit von über 30 Milliarden Euro auszugleichen und den Kommunen wieder Luft zum Atmen und Gestalten zu verschaffen. Eine Möglichkeit wäre, den kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer so schnell wie möglich und befristet um 10 Prozentpunkte anzuheben. Eine andere Variante wäre, die Kosten für soziale Leistungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen fairer zu verteilen. Wichtig ist, dass jetzt schnell etwas passiert.“*

Die UWG fordert schon seit Jahren die vollständige Rücknahme der vom Land vorgenommenen Gewerbesteuerkürzungen. Diese Finanzmittel müssen den Kommunen endlich zurückgegeben werden.

Hier sehen wir die etablierten Parteien, hier besonders die Mehrheitsfraktion, die schon mindestens 25 Jahre hier im Kreis die Mehrheit stellt,

in Verantwortung. Das vorliegende Problem ist schließlich nicht vom Himmel gefallen, nein das Problem ist schon jahrelang bekannt. Wir sagen: Liebe CDU, macht endlich mal den Rücken gerade und bringt euren Parteifreunden/innen im LAND und BUND bei, dass sie uns sonst an die Wand fahren. Ferner erwarten wir von unseren Landes- und Bundesvertretern, dass sie diese Problematik endlich mit großem Nachdruck einbringen. Wir werden Sie dabei gerne unterstützen.

Werte Kolleginnen und Kollegen,  
der aufgestellte Kreishaushalt ist vor dem Hintergrund der vielen Kritikpunkte eben nicht ausreichend. Der Blick auf 2026/2027 zeigt bereits jetzt, dass der vorliegende Entwurf nachgebessert werden muss. Aus Verantwortung für den Kreis und mit Blick auf unsere Kommunen werden wir dem vorliegenden Kreishaushalt nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Georg Schmitz Vorsitzender der Fraktion der UWG Kreis Düren